



SRG soll Zügelpläne auf Eis legen

Parteipräsidenten von links bis rechts fordern per Brief, dass die Medienanstalt den Umzug des Radiostudios nach Zürich stoppt, bis die Politik einen Entscheid gefällt hat

Mischa Aepli

Bern Die Zügelpläne der SRG haben bereits hohe Wellen geschlagen. Das Unternehmen hatte vergangenes Jahr angekündigt, das Radiostudio von Bern nach Zürich zu verlegen. Schon heute sind Schweizer Radio und Fernsehen stark auf Zürich fokussiert. Bern würde als Medienstandort enorm an Prestige sowie zahlreiche Arbeitsplätze verlieren. Kaum wurden die Pläne bekannt, reichten Politiker von links bis rechts eine parlamentarische Initiative ein. Sie verlangt, dass die SRG ihre Standorte über die Schweiz verteilen muss. Dessen ungeachtet treibt die SRG ihre Umzugspläne bis heute munter weiter.

Nun fordert eine breite Front von Politikern den SRG-Generaldirektor Gilles Marchand in einem Brief auf, die Umzugspläne sofort zu sistieren, bis die Politik über die Initiative entschieden habe. Die SRG dürfe den politischen Prozess nicht unterlaufen. Die Forderung wurde von den Parteipräsidenten der Grünen, der SP, der CVP, der BDP und der SVP unterzeichnet. Man sehe «in der Zentralisierung einen Affront gegenüber der föde-

ralen Schweiz, den Gebührenzahlern und den Regionen», heisst es im Schreiben. Trotz der hängigen Initiative investiere die SRG bereits unzählige Arbeitsstunden in die Realisierung der Umzugspläne, kritisieren die Parteipräsidenten. «Die entsprechenden Mittel werden damit dem Programm entzogen. Das befremdet uns», steht im Protestschreiben.

Bei der SRG scheint man indes nicht sonderlich beeindruckt vom Druck aus der Politik: «Die Umsetzung der Reformprojekte müssen wir – im Unwissen über den Ausgang der politischen Entscheide zu den parlamentarischen Initiativen – professionell vorbereiten und planen», sagt der SRG-Sprecher Edi Estermann. Für die Umsetzung der konkreten Projekte werde die SRG aber die Entscheide des Parlaments abwarten.

SRG-Spitze durfte an Anhörung der Kommission auftreten

Estermann begründet die Dringlichkeit mit dem Sparprogramm, das der Bund der SRG verordnet hat: Ziel der Reform sei, den Sparplan einzuhalten, ohne dem Programm zu stark zu schaden. Zudem wolle man möglichst wenig

Personal abbauen. Durch die Verlegung der Studios nach Zürich will die SRG in Bern jährlich 5 Millionen Franken Kosten für Immobilien sparen. Je schneller die SRG zügeln könne, desto mehr könne sie sparen, argumentiert die SRG.

Die beiden vorbereitenden Kommissionen des Parlaments haben sich zwar jüngst gegen die Initiativen ausgesprochen. Dennoch stehen die Chancen gut, dass das Parlament sie annimmt. Sowohl CVP- als auch SP-Parlamentarier haben sich an Fraktionsitzungen mit grossem Mehr für die Vorstösse ausgesprochen.

Für Beat Vonlanthen, CVP-Ständerat und Urheber der parlamentarischen Initiative, ist klar, warum sich die Kommissionen gegen das Anliegen ausgesprochen haben: Die SRG habe im Vorfeld aggressiv lobbyiert. So habe die SRG-Spitze samt PR-Chefin praktisch geschlossen an der Anhörung in der Kommission teilgenommen. Sie hatten laut Vonlanthen fast anderthalb Stunden Redezeit. Ihm als Initiant habe man ganz am Schluss zehn Minuten eingeräumt, eine anschließende Diskussion sei vom Kommissionspräsidenten gleich ganz verhindert worden.

SonntagsZeitung
8021 Zürich
044/ 248 40 40
www.tagesanzeiger.ch/sonntagszeitung/

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 152'566
Erscheinungsweise: wöchentlich



Seite: 9
Fläche: 51'275 mm²

Auftrag: 3007101
Themen-Nr.: 999.222

Referenz: 73557649
Ausschnitt Seite: 2/2



lehnt den Umzug ab. Sie alle sehen in der Zentralisierung der SRG einen **Affront gegenüber der föderalen Schweiz, den Gebührenzahlenden, den Interessen der Kantone und der Regionen sowie eine unerwünschte Ausdünnung der redaktionellen Vielfalt innerhalb der SRG.**

Mit freundlichen Grüßen,

Beat Jans, Vizepräsident SP

Gerhard Pfister, Präsident CVP

Regula Rytz, Präsidentin Grüne

Martin Landolt, Präsident BDP

Albert Rösti, Präsident SVP

Beat Vonlanthen, Ständerat CVP

«Ein Affront gegenüber den Gebührenzahlern»: Parteipräsidenten wollen verhindern, dass das Studio Bern verschwindet